

Zum Chef aufsteigen ist ergiebiger als studieren

Ein Hochschulstudium lohnt sich finanziell nur, wenn man später zum Chef aufsteigt. Leute mit Lehrabschluss kommen in Kaderpositionen auf deutlich höhere Löhne als Studierende ohne funktionellen Aufstieg.

Andreas Valda

Das Beispiel stammt aus der Steuerberatung. Sabrina aus Solothurn hat die KV-Lehre abgeschlossen. Mit 32 tritt sie eine Stelle im mittleren Kader einer grösseren Firma an. Dort verdient sie monatlich brutto 8300 Franken. Dieser Lohn ist für ihr Alter, ihr Geschlecht und ihre Ausbildung normal, ein sogenannter mittlerer Lohn für 40 Stunden pro Woche Vollzeit und 13. Monatslohn.

Anders ihre gleichaltrige Kollegin Diana. Sie hat an der Uni Betriebswirtschaft studiert, sie ist nicht im Kader. Sie kommt auf 7200 Franken. Sehr viel höher steigt ihr Lohn als Spezialistin nicht. Mit 50 kann sie mit 8200 Franken rechnen, während der Lohn der Kaderfrau Sabrina, die «nur» das KV absolvierte, auf 9600 Franken steigt. Man muss also nicht studiert haben, um einen schönen «Zapfen» zu haben.

Wer diese Unterschiede für seine Branche und seinen Beruf herausfinden will, der gehe auf die Internetseite «Salarium» des Bundesamtes für Statistik (BFS). Als Grundlage dient die zweijährliche Lohnstrukturerhebung, sie stützt sich ab auf 1,7 Millionen Löhnen von 37 000 Unternehmen. Die neusten Zahlen für 2016 sind gestern in Bern vorgestellt worden. Ob sich die Lohnverhältnisse Studierende/Nichtstudierende akzentuiert haben, kann das BFS nicht sagen. Doch ihr Chefstatistiker Löhne hob den Befund speziell hervor. Er steht im Kontrast zum Ehrgeiz vieler Eltern, die ihre Kinder durchs Gymi und an die Universität bringen wollen, wohl mit der Vorstellung, dass ein Uniabschluss sie finanziell besserstelle. Doch dies gilt nur, wenn Uniabgänger auch funktionsmässig aufsteigen.

Lohnende Weiterbildung

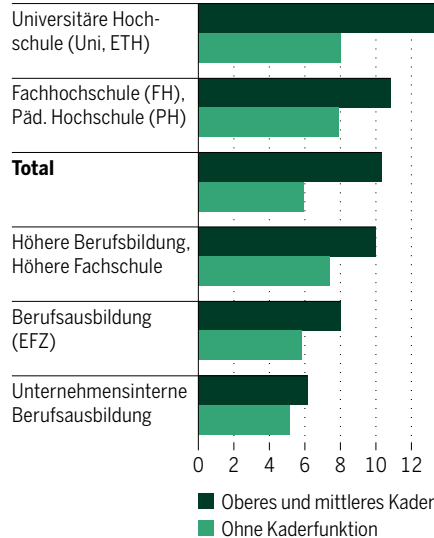
Arbeitsmarktprofessor Georg Sheldon erklärt dies mit einem statistischen Effekt und einem ökonomischen Grund. Erstens rentiert nicht jedes Hochschulstudium. Ein Werkstoffingenieur oder eine Betriebswirtschaftlerin verdienen tendenziell mehr als ein Soziologe oder eine Lehrerin. Die Löhne ersterer Berufe liegen über dem mittleren Lohn (Medianlohn) der Uniabsolventen, letztere darunter bei sonst identischen Bedingungen. Zweitens bezahlen Arbeitgeber mehr, je ertragreicher eine Stelle ist. Dies gelte speziell für Kaderstellen. Je besser die Führung, desto höher der Erfolg. «Da muss ein absolviertes Studium nicht notwendigerweise eine Rolle spielen», sagt Sheldon. Er bringt das Beispiel des Microsoft-Gründers Bill Gates. «Die-

Wo man 2016 am besten verdiente – und wo am schlechtesten

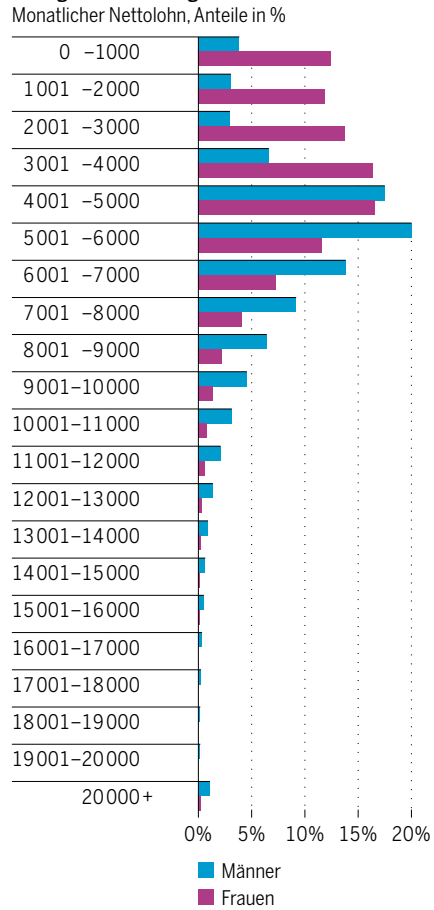
Mittlerer Brutto-Monatslohn (Median), in Fr.

Pharma	9835
Finanzdienstleistungen	9742
Unternehmensberatung	9616
Telekommunikation	8869
Informationstechnologie	8823
Forschung/Entwicklung	8764
Versicherungen	8762
Bildungswesen	8673
Radio und Fernsehen	8360
Öffentliche Verwaltung	8016
Rechts-/Steuerberatung	7677
Chemie	7607
Verlagswesen	7392
Architektur/Ingenieur	7132
Bibliotheken/Museen	6992
Maschinenbau	6882
Uhren/EDV-Industrie	6875
Werbung/Marktforschung	6777
Gesundheitswesen	6760
Immobilien	6735
Luftfahrt	6728
Tiefbau	6541
Kunst und Unterhaltung	6500
Sozialwesen	6430
Verkehr	6309
Hochbau	6267
Bergbau	6162
Metallproduktion	6103
Ausbauergewerbe	5994
Abfallentsorgung	5988
Metallindustrie	5983
Möbelproduktion	5968
Sport und Erholung	5860
Autohandel/-reparatur	5809
Arbeitskräftevermittlung	5520
Textilherstellung	5402
Nahrungsindustrie	5239
Gebäudebetreuung/Garten	5158
Detailhandel	4798
Lederwarenherstellung	4640
Beherbergung	4384
Gastronomie	4332
Pers. Dienstleistungen	4076

Brutto-Löhne nach Ausbildung, in Tausend Fr.



Häufigkeitsverteilung nach Lohnklassen



Grafik mruw./Quelle: BFS, ausgewählte Branchen

ser hatte nicht einmal einen Bachelorabschluss. Seine berufliche Rolle war aber sehr ertragreich.»

Einschränkend gilt, dass für gewisse Berufe ein Studium vorausgesetzt wird. Ein Wirtschaftsprüfer wird nur gut verdienender Partner einer Beratungsfirma, wenn er nach der Lehre eine höhere Berufsausbildung oder Fachhochschule absolviert hat. Mit 32 Jahren schafft er so einen Monatslohn von 9500 Franken brutto.

Die finanziell «richtige Wahl»

Wer die Lohnperspektive als Richtschnur für seinen beruflichen Aufstieg oder den seiner Kinder nehmen will, sollte laut Statistik noch andere Punkte beachten. Hier sind die wichtigsten:

● **Die «richtige» Branche:** Die Pharma- und die Finanzbranche zahlen die höchsten Saläre. Sie liegen dort um 9800 Franken. Gut zahlt man auch in Informatik, Telecom, Forschung und Entwicklung, Energieversorgung und den freien Berufen (Anwältin, Arzt, Architektin etc.).

Der Befund steht im Kontrast zum Ehrgeiz vieler Eltern, die ihre Kinder an die Universität bringen wollen.

Eine schlechte Idee sind etwa Coiffeuse, Kellner, Réceptionist, Reiseagentin oder Sicherheitsdienste.

● **Keine Teilzeitstelle:** Teilzeitstellen sind im Trend, etwa zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber Leute mit weniger als einem 80-Prozent-Pensum haben einen kleineren Stundenlohn als jene mit Vollzeitstellen.

● **In der «richtigen» Region arbeiten:** Angestellte in den Grossregionen Zürich oder Basel verdienen mehrere Hundert Franken mehr monatlich als solche in Bern, St. Gallen oder Lugano. Die höheren mittleren Löhne sind auf Finanz- und Pharmabranche zurückzuführen.

Und immer noch hat das Geschlecht Einfluss auf die Bezahlung. Am Beispiel der 32-jährigen Steuerberaterin Sabrina (KV, mittleres Kader) gezeigt: Der mittlere Lohn eines Mannes mit gleichen Merkmalen beträgt 9300 Franken - 1000 Franken mehr als bei ihr. Und im Fall von Diana (32, Uniabschluss, kein Kader) käme ein Mann auf 8100 Franken (900 Franken mehr). Das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern nimmt zwar ab, verschwunden ist es aber noch lange nicht.

Banker- und Pharma-Boni

Mehr als ein Jahreslohn

Davon können Normalverdiener nur träumen: Obere Bankkader erhalten einen mittleren Bonus von 100 651 Franken jährlich. Das sind rund 15 000 Franken mehr als der mittlere Jahreslohn eines Angestellten in der Schweiz. Bei Versicherern beträgt dieser Kaderbonus 98 000 Franken, in der Pharmabranche 69 000 Franken. Viel tiefer sind dagegen die Boni ihrer Angestellten. Sie kommen bei Versicherern auf 9100 Franken, in der Pharma auf 8000 Franken und bei Banken auf 6300. Dies zeigt die gestern publizierte Lohnstrukturerhebung für das Jahr 2016. Sie wird alle zwei Jahre durchgeführt basierend auf 1,7 Millionen Löhnen in allen Branchen.

Einen Bonus, das heisst ein Arbeitsentgelt in unregelmässiger Höhe, erhält gemäss Statistik jeder Dritte. Die Boni waren vor der Krise 2008 höher als heute. Die Sonderzahlungen betragen damals im Schnitt 11 700 Franken, sanken in der Krise auf 8000 Franken und sind zuletzt auf 9000 Franken gestiegen. Der Gewerkschaftsbund kritisiert diese Entwicklung, weil gemäss Statistik «die Männer mehr als doppelt so hohe Boni erhalten wie die Frauen» und weil Boni «in der Regel die ungleiche Verteilung der Löhne» verstärken.

Dies zeigt sich auch im Vergleich der Boni der obersten Kader und Normalangestellten im Bau und im Detailhandel. Die Chefs der Bauunternehmen zahlten sich im Schnitt 24 000 Franken Erfolgsprämie aus, während Normalangestellte 2265 Franken erhielten - zehnmal weniger. Die Chefs einer Ladenkette kassierten rund 15 000 Franken Bonus, während ihre Angestellten rund 1763 Franken erhielten - neunmal weniger.

Die sogenannte Lohnschere, das heisst die Differenz zwischen den tiefsten und höchsten Löhnen, hat aber seit dem Referenzjahr 2008 nicht zugenommen. Im Gegenteil, sie habe sich leicht verringert. Die tiefsten 10 Prozent der Löhne stiegen um 9,9 Prozentpunkt, die Löhne des Mittelstands um 6,9 Prozent und die der obersten Löhne um 6,3 Prozent. In absoluten Zahlen entwickelten sich die obersten Löhne aber am stärksten, weil 6,3 Prozent von 11 000 Franken Monatslohn 700 Franken mehr sind, während 9,9 Prozent von 4000 Franken bloss 400 Franken ausmachen. (val)

Die Deutsche Bank will die Kreditkarte überflüssig machen

Das Institut will beim Bezahlen von Airline-Tickets die Kreditkarte durch ein billigeres System ersetzen. Die Schweizer Airline Swiss findet das eine gute Idee.

Jorgos Brouzos

Es ist eine riesige Summe. Laut dem Branchenverband Iata entstehen den Airlines 8 Milliarden Euro Ausgaben, weil die Reisenden ihre Flüge mit der Kreditkarte bezahlen. Dieser Betrag fällt für die Gebühren von Banken und Kreditkartenfirmen an, welche die Fluggesellschaften bezahlen müssen.

Nun will die Iata zusammen mit der Deutschen Bank ein Bezahlssystem lancieren, das für die Airlines wesentlich günstiger sein soll. Gemeinsam haben sie ein Pilotprojekt angekündigt. «Mit diesem Pilotprojekt wollen die Bank und die Iata die Kosten für die Buchung von Flugtickets senken und sicherer machen», heisst es in der Mitteilung der grössten Bank Deutschlands.

Ob dadurch die Preise für die Passagiere sinken werden, ist zu bezweifeln, die Einsparungen dürften wohl vor allem bei den Fluggesellschaften hängen bleiben. Die Einnahmen würden dann

der Kreditkartenindustrie fehlen. Die Deutsche Bank, die Initiantin des neuen Systems, gefährdet damit sogar einen Teil ihres eigenen Geschäfts. Denn auch sie verdient mit, wenn ein Kunde ein Flugticket mit der Kreditkarte bezahlt.

Zwar würde sie auch am neuen System etwas verdienen, aber wohl deutlich weniger als bisher. Sie verzichtet auf die Einnahmen, um an wertvolle Kundendaten zu kommen. Mit ihnen kann sie künftig bessere Angebote für ihre Kunden ausarbeiten und dadurch die Kunden stärker an die Bank binden.

Swiss will mehr Konkurrenz

Das neue System funktioniert einfach: Wenn der Kunde einen Flug bucht, wird die Deutsche Bank auf sein Konto zugreifen, dort abchecken, ob das Geld vorhanden ist, und den Betrag der Airline überweisen. Bei welcher Bank der Kunde sein Konto hat, spielt keine Rolle. Die Fluggesellschaft erhält ihr Geld sofort. Sie muss nicht warten, bis es ihr die Kreditkartenfirma weiterleitet.

Möglich wird das Pilotprojekt für das neue Bezahlssystem durch eine neue EUNorm zum Zahlungsverkehr. Sie wird ab dem nächsten Jahr umgesetzt. Dann wird es möglich sein, dass auch Drittfirmen auf ein Bankkonto eines Kunden zugreifen und Überweisungen auslösen. Für die Schweizer Banken ändert sich

aber vorerst nichts, hierzulande ist kein vergleichbares Gesetz vorgesehen.

Die Schweizer Airline Swiss verfolgt die Pläne aber dennoch aufmerksam. Die Swiss als Teil der Lufthansa-Gruppe unterstütze grundsätzlich alle Initiativen im Zahlungsverkehr, die den Wettbewerb vorantreiben würden, so eine Sprecherin. «Wir sind überzeugt, dass der Wettbewerb eine treibende Kraft für sinkende Kosten ist und gleichzeitig das Kundenerlebnis fördert.» Die Lufthansa-Gruppe stehe mit der Iata bereits in einem ersten Austausch. «Die Ziele dieser Initiative decken sich mit denen der Lufthansa Group für Zahlungsverkehr», so die Sprecherin.

Für die Deutsche Bank soll die Airline-Branche nur der Anfang sein, sie will das Geschäft auf andere Wirtschaftszweige ausweiten, schreibt die «Süddeutsche Zeitung». «Im Prinzip ist für uns jede Industrie interessant, in der beim Bezahlen Gebühren anfallen», so Shahrokh Moimian, der bei der Deutschen Bank für das Projekt zuständig ist.

Streit um Zuschlag

In der Schweiz sorgte der Kreditkartenzuschlag lange für Ärger. Kunden, die mit der Kreditkarte bezahlen wollten, mussten einen Aufpreis bezahlen. Besonders in der Reisebranche und bei den Elektronikhändlern hielt er sich

hartnäckig. Seit einiger Zeit üben die Kreditkartenherausgeber Druck auf die Händler aus. Sie haben in den vergangenen Jahren die Gebühren deutlich gesenkt, die Händler abführen müssen, wenn ein Kunde mit einer Kreditkarte bezahlt. Der Handel spart sich so Kosten von 50 bis 60 Millionen Franken jährlich. Im Gegenzug sind die Händler verpflichtet, alle Zahlungsmittel in der Schweiz gleichzubehandeln; sie sollten auf den Aufpreis verzichten.

Doch noch gibt es einige Händler, die auf dem Zuschlag für Kreditkarten beharren. Dazu gehört auch die Swiss. Bei der Airline kostet das Bezahlen mit Kreditkarte 1,4 Prozent des Ticketpreises oder maximal 30 Franken. Immerhin hat die Airline in den letzten Jahren andere Bezahlverfahren eingeführt, die für den Konsumenten günstiger sind.

Eines davon wäre die Bezahl-App Twint, hinter der mehrere Schweizer Banken stehen. Dieses Bezahlssystem soll für die Händler, wie das Pilotprojekt der Deutschen Bank, ebenfalls günstiger als die Kreditkarte sein. Doch in der Reisebranche ist Twint nicht weit verbreitet, so lässt sich die App etwa bei der Swiss nicht benutzen. «Die Zahl der E-Commerce-Anbieter nimmt laufend zu, und es sind Gespräche auch mit weiteren Anbietern aus der Reisebranche im Gange», so ein Sprecher von Twint.

Neuer Verband für Regionalbanken

58 Schweizer Regionalbanken haben einen eigenen Verband, den Verband Schweizer Regionalbanken (VSRB), gegründet. Die Institute wollen so ihre Interessen besser vertreten. Mit dem neu geschaffenen Verband wollen die Regionalbanken ihre spezifischen Anliegen mit «einer gemeinsamen Stimme» einbringen, heisst es in der Mitteilung. Der neue Verband setze sich dabei für die Vielfalt auf dem Schweizer Finanzplatz ein und da insbesondere auch für eine differenzierte Regulierung, welche den unterschiedlichen Geschäftsmodellen der Banken Rechnung trage. Die Banken legen unter anderem Wert darauf, dass die komplexen gesetzlichen Vorgaben für Grossbanken nicht automatisch für kleinere Banken gelten.

Der VSRB versteht sich nicht als Konkurrenz zu den etablierten Verbänden, sondern als Ergänzung. In diesem Sinne will er mit der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Koordination Inlandbanken zusammenarbeiten. Die 58 Banken des neuen Verbandes weisen eine Bilanzsumme von über 115 Milliarden Franken auf. Damit vertrete der VSRB die Interessen von mehr als einem Fünftel der Banken in der Schweiz, heisst es weiter. Erster Präsident wird Jürg Gutzwiller, Chef des Dachverbandes der Entris-Banken. (Red/SDA)